

Wie stehen Sie zu unserer Forderung nach einer primärqualifizierenden hochschulischen Ausbildung („Vollakademisierung“), im Rahmen der Novellierung des Berufsgesetzes?

CDU, Svenja Schünemann, Politische Referentin

CDU, Dirk Toepffer, MdL, Fraktionsvorsitzender

Die gesundheitliche Versorgung im Flächenland Niedersachsen gehört zu den Aufgaben, die für die CDU von herausragender Bedeutung ist. Hierzu bedarf es entsprechender akademischer Fachkräfte, deren Kompetenz angesichts vielfältiger gesellschaftlicher Veränderungen und Anforderungen an Bedeutung weiter zunimmt. Daher begrüßt die CDU die konsequente Weiterentwicklung der Berufsbilder und Ausbildungsgänge in den ärztlichen und nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen als wichtigen Baustein zur nachhaltigen Sicherung einer wohnortnahen und qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung, die mit dem u.a. durch die Digitalisierung sowie Innovationen im Bereich der personalisierten Medizin ausgelösten Wandel der Berufsbilder Schritt hält. Der Bund hat in den vergangenen Jahren mehrere Berufsgesetze im Bereich der nicht-ärztlichen Gesundheitsberufe novelliert. Hierzu zählen insbesondere die Pflege, die Psychotherapie und die Hebammenwissenschaft. Die Landesregierung hat erhebliche Mittel mobilisiert, um beispielsweise die durch die Novelle der Zahnärztlichen Approbationsordnung ausgelöste Kostensteigerung im Studium der Zahnmedizin zu kompensieren sowie an vier Standorten insgesamt 140 Studienplätze in den Hebammenwissenschaften zu schaffen. Eine Novellierung der Ärztlichen Approbationsordnung sowie der Berufsgesetze für Ergo-, Logo- und Physiotherapeuten nähern sich den Abschluss bzw. sind in der Vorbereitung.

FDP, Helge Gülzau, Referent für Kampagne & Kommunikation

Wir Freie Demokraten wollen allen Menschen eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung sichern. Uns ist deshalb bewusst, dass die Komplexität der Aufgabenfelder von Gesundheitsberufen stetig wächst. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass auch weiterhin die freien Berufe im Gesundheitswesen gestärkt werden. Physiotherapeuten, Logopäden, Ergotherapeuten und Podologen werden häufig nicht entsprechend ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit und hohen Arbeitsbelastung vergütet. Für die Sicherung von Qualitätsstandards und die Vergleichbarkeit von Abschlüssen ist eine geregelte Ausbildungsordnung essenziell. Ein akademischer Ausbildungsweg kann auch für den Ausbau der Forschung im Bereich der Therapie sinnvoll sein. Auch für Therapeuten, die eine leitende Tätigkeit anstreben, kann eine akademische Qualifizierung sinnvoll sein. Ein verpflichtender akademischer Zugang zum Beruf würde jedoch vielen Menschen ohne Hochschulreife den Berufseinstieg verwehren und damit den von Ihnen bereits erwähnten Fachkräftemangel verstärken. Aus diesen Gründen unterstützen wir das Modell einer Teilakademisierung. Aus unserer Sicht sollten etwa 20% der Absolventen über einen akademischen Abschluss verfügen. Eine derzeit übliche Ausbildung an berufsbildenden Schulen muss allerdings weiterhin möglich sein. Ohne diese wird eine wohnortnahe Sicherung der medizinischen Versorgung für die Allgemeinheit nicht möglich sein.

Grüne, Josef Voß, Referent für Landes- und Kommunalpolitik

Wir Grüne setzen uns schon lange für eine Vollakademisierung der therapeutischen Berufe ein und haben dies auch in unserem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 (S. 119) gefordert. Die Erfahrungen aus den Modellstudiengängen zeigen aus unserer Sicht deutlich, dass wir perspektivisch eine regelhafte und in den Berufsgesetzen verankerte primärqualifizierende Hochschulausbildung brauchen, um eine evidenzbasierte Versorgung sicherzustellen und die Attraktivität der therapeutischen Berufe zu erhöhen.

LINKE, Franziska Junker, politische Schwerpunkte u.a. Gesundheit und Pflege, Bildung, Tarifverträge

Die seit 2009 laufenden Modellprojekte zur Akademisierung von Gesundheitsberufen zeigen aus unserer Sicht positive Effekte für die Patientenversorgung. Insofern sind wir sehr offen gegenüber einer Akademisierung. Zwei Voraussetzungen müssen allerdings erfüllt sein: 1. Es muss eine Durchlässigkeit für Menschen ohne Abitur und aus verwandten Berufen geben. 2. Das Studium muss einen hohen Praxisanteil haben. Wir können uns vorstellen, dass man hier ähnlich vorgeht wie die Vollakademisierung der Hebammen geregelt wurde, also einem dualen Studium mit Ausbildungsvergütung.

SPD

persönliches Gespräch geplant